

**CDU**

Rendsburg-Eckernförde

1 **Antrag des Kreisvorstandes zum Kreisparteitag**  
2 **der CDU Rendsburg-Eckernförde am 17.11.2015**

3

## 4 ***Flüchtlingskrise erfolgreich bewältigen***

5 Die Flüchtlingskrise stellt uns vor die größte nationale Herausforderung seit der deutschen  
6 Wiedervereinigung. Bis zu einer Million Menschen werden bis Jahresende in der Hoffnung auf  
7 Zuflucht, Schutz und Wohlstand zu uns nach Deutschland kommen. Nicht alle werden dauerhaft  
8 hier bleiben können. Ohne den unermüdlichen Einsatz der Menschen vor Ort, getragen durch  
9 ein beispielloses ehrenamtliches Engagement, könnten wir diese Situation nicht bewältigen. Wir  
10 wissen jedoch auch um die Ängste der Menschen, die Sorge haben, dass der unbegrenzte  
11 Zustrom nach Deutschland nicht mehr zu bewältigen sein könnte.

12 Gemeinsam müssen Bund, Land und Kommunen alles in ihrer Macht Stehende tun, um unserer  
13 Verantwortung gegenüber den Menschen, unseren Bürgern, wie auch den Flüchtlingen gerecht  
14 zu werden.

15 Weder das Grundgesetz noch die Genfer Flüchtlingskonvention kennen eine Obergrenze für  
16 Flüchtlinge. Sehr wohl sind jedoch unsere Kapazitäten vor Ort, um Flüchtlinge zu erfassen,  
17 unterzubringen, zu versorgen und bei uns zu integrieren, begrenzt. Wir begrüßen daher das von  
18 der Bundesregierung beschlossene Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz, mit dem die Anzahl  
19 der sicheren Herkunftsländer um die EU-Beitrittskandidaten auf dem Balkan erweitert und  
20 falsche Anreize für erfolglose Asylanträge aus diesen Ländern massiv reduziert wurden.  
21 Asylbewerber ohne Bleibeperspektive müssen ab sofort während der Dauer ihres Verfahrens in  
22 der Erstaufnahmeeinrichtung verbleiben und bekommen überwiegend Sachleistungen statt  
23 Bargeld.

24 Darüber hinaus stellt der Bund den Kommunen für dieses Jahr zwei Milliarden Euro und für das  
25 kommende Jahr noch einmal 3,7 Milliarden Euro zur Bewältigung der Krise zur Verfügung. Um  
26 eine Kontrolle über die Flüchtlingsströme zu gewährleisten, werden nun Grenzkontrollen  
27 durchgeführt.

28

29 ***Darüber hinaus fordern wir vom Bund:***

- 30 • Ein stärkeres europäisches Engagement und neue diplomatische Initiativen zur  
31 Befriedung der für die Flüchtlingsströme verantwortlichen Krisenherde. Auch eine  
32 Verlängerung des ISAF-Mandats in Afghanistan steht dabei zur Diskussion.
- 33 • Mehr Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit zur Stabilisierung der Krisenstaaten.
- 34 • Einen stärkeren Einsatz Außenminister Steinmeiers, die Drittländer der Region vor allem  
35 die Golfstaaten, zu einem verantwortungsvollen Engagement für die Flüchtlinge zu  
36 überzeugen, um diese von ihrer lebensgefährlichen Flucht nach Europa abzuhalten.
- 37 • Ein stärkeres Engagement für den Schutz der europäischen Außengrenzen. Ein Europa,  
38 dessen Mitgliedstaaten sich durch Mauern und Stacheldrähten voneinander abschotten,  
39 entspricht nicht unserem Bild von Europa. Gemeinsam mit der Türkei brauchen wir  
40 schnellstmöglich eine Sicherung der Seegrenze mit Griechenland.
- 41 • Eine bessere Ausstattung der EU-Grenzschutzagentur Frontex.
- 42 • Eine stärkere europäische Solidarität und ein dauerhafter und verlässlicher  
43 Verteilungsschlüssel innerhalb der Mitgliedstaaten. Dazu gehören auch gemeinsame  
44 europäische Asylstandards. Jedes Mitgliedsland der Europäischen Union muss sich seiner  
45 Verantwortung stellen.
- 46 • Eine weiter verbesserte Personalausstattung des Bundesamtes für Flüchtlinge und  
47 Migration sowie eine Optimierung der Prozesse und vor allem der technischen  
48 Ressourcen in Abstimmung mit der Bundesagentur für Arbeit.

49

50 Neben den gesetzlichen Rahmenbedingungen für die der Bund in der Asyl- und  
51 Flüchtlingspolitik Verantwortung trägt, ist vor allem das Land für die Umsetzung der  
52 innenpolitischen Maßnahmen zuständig. Bisher zeigt sich die Schleswig-Holsteinische  
53 Landesregierung in vielen Bereichen überfordert.

54

55 Schnellstmöglich muss die Landesregierung für ausreichende Plätze und eine angemessene  
56 Versorgung bei den Erstaufnahmeeinrichtungen sorgen und endlich damit beginnen, abgelehnte  
57 Asylbewerber konsequent und zügig abzuschieben. Falls für eine effektive Rückführung von  
58 Personen ohne Aufenthaltsrecht erforderlich, muss die Landesregierung auch den Einsatz von  
59 Abschiebehelf und Ausreisegewahrsam ermöglichen. Einen pauschalen Winterabschiebestopp  
60 wie in den vergangenen Jahren darf es nicht mehr geben. Vor diesem Hintergrund erachten wir

61 die Einrichtung von gesonderten Aufnahmeeinrichtungen und Ausreisezentren für  
62 Asylbewerber ohne Bleibeperspektive für sinnvoll.

63

64 ***Darüber hinaus fordern wir vom Land:***

- 65 • Die Belastungen der Landespolizei durch die Aufgaben bei der Flüchtlingshilfe  
66 abzubauen und von einer weiteren Stellenreduzierung bei der Polizei abzusehen.
- 67 • Die Kapazitäten der Verwaltungsgerichte zu erhöhen, um zügig über die Klagen vom  
68 Bundesamt für Flüchtlinge und Migration abgelehnten Asylanträge entscheiden zu  
69 können. Darüber hinaus muss der Einsatz von Richtern direkt an den zu schaffenden  
70 Ausreisezentren ermöglicht werden.
- 71 • Ein Förderprogramm zur Errichtung kommunaler Gemeinschaftsunterkünfte aufzulegen  
72 und die bisherigen Standards für Mindest- und Maximalgrößen in Abstimmung mit den  
73 Kommunen anzupassen.
- 74 • Die vom Bund für die Kommunen vorgesehen Mittel zur Flüchtlingshilfe eins zu eins an  
75 die Kommunen weiter zu geben. Das Land muss alle Kosten für die Unterbringung,  
76 Gesundheitsversorgung und soziale Betreuung von Flüchtlingen übernehmen.
- 77 • Die Zuweisungen an die Kommunen müssen transparent, planbar und verlässlich sowie in  
78 Absprache mit den Kommunen geschehen.
- 79 • Die Durchsetzung rechtstaatlicher Ordnung mittels konsequenter Registrierung der  
80 ankommenden Flüchtlinge, um der unkontrollierten Reisebewegung von Flüchtlingen  
81 durch Europa Einhalt zu gebieten.
- 82 • Voraussetzungen zu schaffen, um vorrangig diejenigen Flüchtlinge zu integrieren, die  
83 Perspektive auf ein Bleiberecht haben. Eine umfassende schulische, berufliche und  
84 soziale Integration muss von Anbeginn erfolgen, um Kriminalität vorzubeugen.

85

86

87

88 **Für den Kreisvorstand der CDU Rendsburg-Eckernförde:**

89 **Dr. Johann Wadepful, MdB**